

GÜNTER WIRTH

Ausgeschlagene Chancen der Neuorientierung

Zwei Schriften aus dem Jahre 1948

Günter Wirth – Jg. 1929,
Publizist. 1973-1990 Chef-
redakteur beziehungsweise
Herausgeber der evangeli-
schen Monatszeitschrift
STANDPUNKT; 1985-1993
Honorarprofessor für
Neue und Neuere Kirchen-
geschichte an der
Humboldt-Universität zu
Berlin; bis September 1990
Leiter der Wissenschaft-
lichen Arbeitsgruppe des
Vorsitzenden der DDR-CDU,
Lothar de Maizière.
Zuletzt in UTOPIE kreativ:
Paul Feldkeller – mehr als
ein »Privatgelehrter«, Heft
177/178 (Juli/August 2005)

In der Situation der Debellatio, also der totalen Kriegszerstörung, die 1945 und danach nach dem Schweigen der Waffen und der Übernahme von Administration und Kontrolle durch die Siegermächte in den vier Besatzungszonen in Deutschland gegeben war, lassen sich in der Haltung bürgerlicher Intellektueller Auffassungen zu grundlegenden gesellschaftspolitischen und prinzipiellen geistigen Fragen registrieren, die ihnen sozusagen nicht in die Wiege gelegt waren, nicht zum traditionellen bildungsbürgerlichen Kanon gehörten. Daß dabei die jeweiligen Prärogativen der jeweiligen Besatzungsmächte eine Rolle spielten, ist hierbei nicht zu übersehen; allerdings wäre es jenseits des Opportunismus, der natürlich – wie immer in solchen Zeiten der Zäsur sogar reichlich – zu entdecken war, verfehlt anzunehmen, die Auffassungen dieser bürgerlichen Intellektuellen hätten eins zu eins, also deckungsgleich mit den Prärogativen der Besatzungsmacht, Gestalt angenommen.

So gab es in den Westzonen, nicht nur in der von der neuen Labourregierung beeinflussten britischen Zone, sondern auch in der amerikanischen, im Umfeld der Kirchen und der neu entstandenen CDU durchaus sozialistische Tendenzen, etwa unter den Dominikanern im Kloster Walberberg (Welty, Siemer) und unter den Herausgebern und Mitarbeitern der katholischen »Frankfurter Hefte« (Dirks, Kogon). Umgekehrt entwickelten sich in der SBZ unter bürgerlichen Intellektuellen Auffassungen, die zwar einer Neuorientierung in Richtung auf die von der Besatzungsmacht repräsentierten sozialistischen Vorstellungen folgten, hierbei aber durchaus Eigenständigkeit zur Geltung und Wirkung brachten.

An zwei Schriften aus dem Umfeld gleichsam der wissenschaftlichen Domäne des Marxismus, der Nationalökonomie, die in Jena und Berlin nach 1945 entstanden und sich mit sozialer Gerechtigkeit, Planwirtschaft, Wirtschaftsplanung beschäftigten, läßt sich dies eindrücklich nachweisen:

Es handelt sich hierbei zuerst um die in der SBZ geschriebene und in einer Auflage von 3000 Exemplaren 1948 mit amerikanischer Lizenz in München erschienene Schrift »Soziale Gerechtigkeit als Wertnorm der Wirtschaftsordnung« von Andreas Paulsen und um die, ebenfalls 1948, im Akademie-Verlag Berlin herausgekommene Schrift von Friedrich Lenz »Wirtschaftsplanung und Planwirtschaft«.

Andreas Paulsen, 1899 in Flensburg geboren, war 1945 als offensichtlich »Unbelasteter« Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftskammer in Leipzig, wo er schon Ende der zwanziger und Anfang der

Andreas Paulsen:
Soziale Gerechtigkeit als
Wertnorm der Wirtschafts-
ordnung, Richard Pflaum
Verlag München 1948, 52 S.

Friedrich Lenz: Wirtschafts-
planung und Planwirtschaft,
Akademie-Verlag Berlin
1948, 99 S.

dreißiger Jahre Arbeiten im Rahmen von Veröffentlichungen der Industrie- und Handelskammer herausgebracht hatte und wo er sich 1946 habilitierte. Nach einer Leipziger Dozentur (1946) bekam er 1947 das Ordinariat für Volkswirtschaftslehre an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Lenz (Jahrgang 1885) war Sohn des Historikers Max Lenz, von dem die zum 100. Jahrestag der Berliner Universität herausgegebene Geschichte der Alma mater Berolensis stammt – zu seinen Vorfahren bzw. Verwandten gehörten der Dichter Jakob Michael Reinhold Lenz und Max Planck. Nach Studien in Lausanne, Bonn und Berlin wurde er in Berlin zum Dr. phil. und Dr. iur. promoviert, wozu nach dem M. A. in Washington die Berliner Habilitation kam. Ab 1912 lehrte Lenz zunächst an der TH Braunschweig, von 1919 bis 1933, zuletzt als Ordinarius, in Giessen. Für die folgenden Jahre gibt Lenz in biographischen Mitteilungen lapidar an: »Studienaufenthalt in Italien, England, USA«, also als eine Art verschleierte Emigration. 1947 wurde er Direktor des Instituts für Volkswirtschaft und Statistik an der Berliner Universität. In dieser Zeit wurde die hier in Betracht zu ziehende Schrift verfaßt und publiziert. Es gingen ihr unzählige Veröffentlichungen voraus, von interdisziplinären Arbeiten (Agrarlehre und -politik der deutschen Romantik) über streng wirtschaftshistorische Studien (Geschichte des Bankhauses Gebr. Schickler 1712-1912) und eminente Beiträge zur List-Forschung (Friedrich List. Der Mann und sein Werk; Friedrich List und Karl Marx). Von ihm stammten aber auch die Schrift »Staat und Marxismus« (1921) und ein Aufriß der Politischen Ökonomie (1927), und 1943 äußerte er sich zur Krisis des Kapitalismus in den USA.

Weltanschauliche Bestimmungsgründe

Die Schrift von Paulsen hat eher systematischen Charakter, und sie ist, wie sich aus den Zitierungen des Verfassers ergibt, vornehmlich der katholischen Soziallehre verpflichtet: Mit Quadragesimo anno, der päpstlichen Sozialenzyklika von 1931, Oswald von Nell-Breuning, Johannes Messner, Goetz Briefs und Heinrich Pesch sowie Max Scheler sind die hauptsächlichen Exponenten der verschiedenen Strömungen des sozial engagierten Katholizismus in den ersten Dekaden des 20. Jahrhunderts zu finden, mit Pesch, dem Vertreter des Solidarismus, an dem einen Flügel, mit Nell-Breuning als ebenfalls vom Solidarismus Herkommenden und dem naturrechtlich orientierten Messner in der Mitte und mit Goetz Briefs als einem eigenständigen Vorläufer der sozialen Marktwirtschaft am anderen Flügel. Mit Eduard Heimann finden wir überdies einen Nationalökonom aus Paul Tillichs »Neuen Blättern für den Sozialismus« zitiert, mit Walter Eucken, dem Sohn des Nobelpreisträgers, einen Exponenten des antinazistischen »Freiburger Kreises«, dessen Ausarbeitungen später in Müller-Armacks und Erhards Konzept einmündeten. Schließlich ist zu beachten, daß mit dem ebenfalls zitierten Nationalökonom Joseph Schumpeter, mit Goetz Briefs und Eduard Heimann Theoretiker aufgeführt werden, die in die Emigration haben gehen müssen.

Ich hatte darauf verwiesen, Paulsens Schrift sei eher systematisch orientiert. Nach dem bisher Festgestellten ließe sich sogar präzisierend sagen, sie sei weltanschaulich bestimmt, und in der Tat lautet der erste

»An der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit vor allem hat sich die große Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Sozialismus entzündet, und im Spannungsraum zwischen diesen beiden Weltanschauungen und den ihnen entsprechenden Bildern der Seinsgestalt des Menschen und der menschlichen Gemeinschaften, zwischen Freiheit und Einordnung, Fortschritt und Sicherheit wird sich auch die neue Wirtschaftsordnung Deutschlands gestalten müssen.« Paulsen, S. 6.

Satz: »Von weltanschaulichen Bestimmungsgründen der ökonomischen Daseinsformen soll in dieser Studie gehandelt werden.« Und es wird hinzugefügt: »Wir erwarten von einer nicht fernen Zukunft eine freie Entscheidung über die künftige deutsche Wirtschaftsordnung; sie wird zugleich eine Entscheidung sein über die Werte, an denen die Gemeinschaft sich ausrichten will« (S. 5).

Die tragende weltanschauliche Kategorie, »die beherrschende Wertnorm für die Gestaltung der ökonomischen Seinsordnung« (S. 5), ist für Paulsen die soziale Gerechtigkeit, »nicht etwa« die Produktivität, obwohl diese für ihn auch auf weltanschauliche Deutungsmusterweise. Wegen der »Einbeziehung der Verteilungsseite des Sozialprodukts« sei indes die soziale Gerechtigkeit umfassender.

Im folgenden geht Paulsen auf den historischen Prozeß der Herausbildung der Kategorie »soziale Gerechtigkeit« ein, und er hält fest, daß diese erst seit der Säkularisierung der Kultur und der sozialen Welt »zum Wertmaß für das wirtschaftliche und soziale Sein« (S. 6) hat werden können, also in der Renaissance, »zu einem Höhepunkt gelangend im Liberalismus« (S. 7). Der Liberalismus sei es dann aber dennoch gewesen, der mit seiner unzweifelhaft produktiven Leistung der Verkehrswirtschaft offensichtlich soziale Schäden angerichtet habe, ein Beweis dafür, daß »die soziale Gerechtigkeit in dieser Ordnung keinen Raum« habe. »Gegen die angebliche Unwiderstehlichkeit der Naturgesetze der Wirtschaft erhebt sich die unangreifbare Hoheit eines sittlichen Gesetzes!« (S. 7). An dieser Stelle kommt der bürgerliche Jenenser Nationalökonom zum Kernpunkt seiner Fragestellung, seine eigene politisch-weltanschauliche Position andeutend: Der Liberalismus scheine im Prozeß der »Entartung« der als liberal geltenden Wirtschaftsordnung »zu einer Interessenordnung für Kapitalisten« vor der Geschichte »gerichtet und abgetan« (S. 8). »Aber daß wir das deutsche Schicksal als deutsche Schuld begreifen müssen, macht uns schärferblickend für den Inhalt abgelaufener historischer Prozesse, und es erscheint uns als eine Möglichkeit, daß jene wirtschaftliche und politische Entwicklung, die zum Untergang in der Diktatur führte, auch mit dem Umstand zusammenhängen könnte, daß durch die Entartung des Liberalismus eine weltanschauliche Position unbesetzt und unvertreten blieb, die zu der Urpolarität des menschlichen Seins gehört, und die daher nicht hätte fehlen dürfen!« (S. 8). Und gewissermaßen programmatisch: »Präziser gesprochen: jetzt und hier, wo es um die künftige Gestaltung der deutschen sozialen Ordnung geht, wo die Wertnormen sich aneinander messen, werden wieder echte liberale Haltungen aufgenommen, die nicht geradehin als geschichtlich widerlegt angesehen werden können. Nicht also, um die Sache des Liberalismus zu führen, sondern um die weltanschaulichen Grundhaltungen, die für die Gestaltung der Wirtschaftsordnung von wesentlicher Bedeutung sind, rein herauszustellen, soll versucht werden, den ›Idealtyp‹ des Liberalismus gedanklich zu entwickeln und im besonderem den ›Ort‹ der sozialen Gerechtigkeit in diesem System aufzufinden« (S. 8).

Damit hätten wir ziemlich klar formuliert den Topos gefaßt, von dem einleitend die Rede war, daß nämlich nach 1945 unter bürgerlichen Intellektuellen ideologische Positionen eingenommen wurden, die einerseits Elemente der Neuorientierung enthielten, andererseits

aber eigenständigen Charakter im Hinblick auf die von den Prärogativen der Besatzungsmacht definierten Rahmenbedingungen hatten.

Paulsen geht überdies schon hier einen Schritt weiter und bestimmt den für ihn präzisen Punkt zur sozialen Gerechtigkeit, der ja auch heute noch zum programmatischen Vokabular des Liberalismus, auch in seiner parteipolitischen Gestalt der F.D.P., gehört: Der Liberalismus suche soziale Gerechtigkeit »in der Freiheit und Gleichheit der Leistungschancen, nicht in der Gleichheit der Leistungsergebnisse« (S. 8). Auch hier fixiert der Jenenser Ordinarius den konkreten historischen Ort von 1946/47: »Soziale Gerechtigkeit ist nach liberaler Auffassung gewahrt, wenn der Start zum Wettbewerb gleich und der Wettbewerb fair ist. So aber tritt dieses System dem Sozialismus als klarer Gegensatz gegenüber, und in der Tat wird sich zeigen lassen, daß sich in dem Sinn, der weltanschaulich der sozialen Gerechtigkeit beigelegt wird, eine Umpolarität menschlichen Seinsverhaltens widerspiegelt, die sich in der gesellschaftlichen Ordnung als Gegensatz von Freiheit und Bindung, Fortschritt und Sicherheit zum Ausdruck bringt« (S. 8). Diese Gesichtspunkte werden in den folgenden Abschnitten von Paulsens Schrift an wirtschaftlichen und sozialen Sachverhalten im einzelnen abgehandelt.

Polarität von Liberalismus und Sozialismus

Dabei kommt Paulsen immerhin zu Feststellungen, die nicht unbedingt zum begrifflichen Inventar bürgerlicher Nationalökonomien gehören. So stellt er etwa fest, daß für den Liberalismus »jede Hemmung der Bewegungsfreiheit ›unnatürlich‹ sei, und diese verletze »das Einspielen auf die größte individuelle und in der Folge auch Gesamtwohlfahrt« (S. 17).

Hieraus ergeben sich für Paulsen mindestens andeutungsweise einige praktische Konsequenzen zugunsten der Arbeiter, etwa »Ausbau des Kündigungsschutzes und der sozialen Arbeitsgestaltung« (S. 19). Vor diesem Hintergrund stellt er dann in der Präzisierung die Frage nach dem Menschenbild, wobei er zu der interessanten Feststellung gelangt, daß »für den marxistischen Sozialismus und den katholischen Solidarismus ... hinter den ökonomischen Sachverhalten die Ganzheit ›Mensch‹« (S. 21) stehe. Es gelte dies, fügt er beschwörend hinzu, aber »doch wohl auch für den nicht verzerrten Liberalismus«. Und: »Die weltanschaulichen Entscheidungen zielen gleichmäßig auf eine Seinserfüllung des Menschen in und durch seine Arbeit; die Gegensätze beginnen dort, wo die Freiheit der Selbstbestimmung der Sicherung ... gegenübertritt. Es geht also auch hier um das Grundverhältnis zwischen dem einzelnen und der Gemeinschaft ...« (S. 21). Dem habe – offenbar Folge des verzerrten Liberalismus – die »Dämonisierung« der Wirtschaft im 19. Jahrhundert entgegengestanden, also die »Überwältigung der Menschen durch selbstgeschaffene Mittel, die sich zum Selbstzweck machten, und der Bund dieser Wirtschaft mit dem sich dämonisierenden Staat« (S. 21).

An dieser Stelle führt Paulsen seine Erwägungen im Grunde wieder auf den Punkt, um den es ihm geht, auf das Element des Liberalen im Fluß einer entgegenströmenden gesellschaftlichen Entwicklung: »Zu seinem Leitbild des freien Menschen gehört der Wille zur Selbstverantwortung, also zur Bejahung von Chancen und Risiken« (S. 22). In

Was Paulsen an dieser Stelle hinzufügt, ist von den Signaturen der politisch-geistigen Situation in der SBZ unmittelbar nach 1945 bestimmt: »Daß damit auch die Sicherung der Lebensführung der Öffnung des Fortschrittes geopfert wurde, daß der einzelne mit der Gewinnchance das Verlustrisiko übernehmen mußte, ist offenbar. Die Verwirklichung aber der Chancengleichheit blieb aus; und innerhalb der starren Klassenschichtung ergab sich nun für das Proletariat eine solche Verschiebung des Entsprechens-Verhältnisses, daß die Gerechtigkeitsnorm auf das Schwerste verletzt war. Die ›Bourgeoisie‹ konnte durch Sicherung der Chancen und Abwälzung der Risiken die Äquivalenz zu ihren Gunsten verschieben, dem Proletariat dagegen war die genau entgegengesetzte Verschiebung zugedacht: Ungerecht war nicht nur die Bemessung seines Anteils am Sozialprodukt, ungerecht daneben,

daß dieser begrenzten Chance ein unbegrenztes Risiko gegenüberstand! Den Lohnarbeiter trifft das volle Existenzrisiko in Gestalt unverschuldeter Arbeitslosigkeit und Verelendung, dagegen sind seine Aufstiegschancen durch seine praktisch sogar erbliche Klassenbindung fest begrenzt, die Aussicht, zur ökonomischen Freiheit durch Eigentum zu gelangen, ist denkbar gering. Er ist also – im Gegensatz zu dem Angehörigen mittelalterlicher Stände – nur im negativen Sinne »umhegt«. Unsicherheit und Aussichtslosigkeit gehören geradezu zum soziologischen Begriff des Proletariats. Der Proletarier kann weder Chancen wählen noch Risiken vermeiden, noch kann er das ungünstige Verhältnis zwischen Risiken und Chancen verbessern. So lief die Öffnung der Chancen für den Proletarier darauf hinaus, daß er zwar seitdem seine Arbeitskraft frei verkaufen kann und darf, daß er aber von dieser Freiheit nur in der Gebundenheit seiner Klassenlage Gebrauch machen kann, und das heißt: zu ungerechten Bedingungen.«
Paulsen, S. 17 f.

solchem Kontext der »Freiheit der Leistungsentscheidung bei gleichen Leistungschancen« (S. 23) ist es für den Ordinarius der Jenaer Universität der Unternehmer, der angesichts der Herausforderungen der gesamtgesellschaftlichen, der wirtschaftlichen, der technischen Entwicklung »Wagnis und Selbstverantwortung« entfalten kann, und er sei es daher gewesen, dem »Wirtschaftsführung und Wirtschaftsfortschritt« (S. 24) anvertraut waren. Diesen Typus des Unternehmers, des »dynamischen«, vergleicht Paulsen mit Feldherren »wie Wallenstein«, den Kondottieren der Renaissance, Entdeckern und Kolonisatoren. Mit einer derartigen Typisierung des Unternehmers, der der Autor einen ganzen Abschnitt widmet, will er keine »Apologie« verstanden wissen. »Es ist von einer Funktion die Rede, die sich nun einmal zu allen Zeiten in den Gestaltungen des menschlichen Daseins zum Ausdruck bringt, bei »Privatunternehmern«, aber auch bei Beamten der Wirtschaftsverwaltung oder bei Leitern von Planungsämtern sozialisierter Volkswirtschaften« (S. 30).

Damit hatte Paulsen – auch vom Historischen her – das ökonomische und soziale Umfeld bestimmt, in dem er auf den Ausgangspunkt seiner Überlegungen zur sozialen Gerechtigkeit zurückkommen konnte – im Hinblick auf eine Polarisierung, die die zeitgenössische geistig-politische Situation nach 1945 kennzeichnete:

»Liberalismus und Sozialismus suchen die gerechte Gestaltung des Leistungs- und des Verteilungsgefüges der Wirtschaft je von einer der beiden Seiten her durchzuführen ... Der Liberalismus erstrebt die Sicherung durch die Gleichheit der Leistungschancen: diese sind gleich verteilt und daher gerecht, wenn der Einzelmensch als solcher ... die Art und das Ausmaß seiner Leistungen nach freier Bestimmung im Wettbewerb anbieten kann und diese Leistung gemäß distributiver Gerechtigkeit am Markt objektiv gewertet wird. Dieser Bewertung der Leistung »entspricht« dann der Anteil des einzelnen am Sozialprodukt. – Der Sozialismus umklammert die Teile von der Verteilungsseite her: die freie Leistungschance kann nicht gerecht gestaltet werden, solange nicht das Recht auf den vollen Arbeitsertrag gesichert ist; die Tatsache der Ausbeutung aber ist mit der Klassengesellschaft gegeben ... Deshalb kann – so folgert der Sozialismus weiter – die vom Liberalismus erstrebte individuelle Leistungschance überhaupt nicht mehr verwirklicht werden, denn in großer Linie gesehen sind die wesentlichsten ökonomischen Leistungen gebunden an Produktionsmittel, die nicht individuell, sondern in Gemeinschaftsarbeit ausgenutzt werden müssen« (S. 31 f.).

Indem Paulsen als »Aufgabe der Wirtschaft« bezeichnet, »Güter zur Deckung von Bedürfnissen zur Verfügung zu stellen« (S. 34), entdeckt er den Unterschied zwischen Liberalismus und Sozialismus in der Organisation der Wirtschaft in der freien Verkehrswirtschaft und in der Planwirtschaft. Mit der Planwirtschaft, die mehr als die für jedes Unternehmen ohnehin notwendige Planung sei, komme aber – und das sei »ein anderes weltanschauliches Wollen« (S. 35) – eine nicht wirtschaftliche »autoritative Instanz« (S. 35) ins Spiel, der Staat. Für den Liberalismus sei der Staat »kein höheres Wesen« (S. 36), wohl aber für den Sozialismus. In dessen Konzept erhebe der Staat individuelle, selbst zu verantwortende Bedürfnisse wie die nach Gesundheit, Ausbildung, Altersversorgung »zum Rang kollektiver Bedürfnisse«

(S. 37). So wachse neben dem Individuum »das Kollektivum riesenhaft heran, eigenen Wesens, eigener Wertbildung, obwohl die Individuen seine Glieder sind« (S. 38). »Immer wieder« werde also die weltanschauliche Entscheidung herausgefordert.

Soziale Gerechtigkeit als Ziel der Wirtschaft

Nach der Erörterung von Einwänden und Bedenken gegenüber staatlicher Intervention in die Wirtschaft in Gestalt von Planwirtschaft – über Wirtschaftsplanung in Notsituationen wie 1945 und über Planung wirtschaftlicher Maßnahmen gleichsam als technologischen Vorgang hinaus – kommt der Jenenser bürgerliche Ökonom auf den Kernpunkt zu sprechen: soziale Gerechtigkeit und Planwirtschaft, soziale Gerechtigkeit als Ziel, das »wir der Wirtschaft gestellt sehen wollen« (S. 42).

Es kann hier nicht im einzelnen nachvollzogen werden, welche sozusagen technologischen Instrumentarien der Planung Paulsen im Blickfeld hatte. Jedenfalls stellt er die Frage nach den Bedürfnissen und deren Befriedigung, nach Produktion und Verteilung, nach Einkommen und Vermögen in den Mittelpunkt seiner Analysen. Wichtiger ist hervorzuheben, wie er im Kontext der Frage nach sozialer Gerechtigkeit und Planwirtschaft neuerlich die »Urpolarität« von Freiheit und Sicherheit in ihrer weltanschaulichen Relevanz formuliert, d. h. in anderen Worten: »... ob die persönliche ›Glückssumme‹ durch ›Freiheit‹ oder durch ›Sicherheit‹ stärker erhöht werden kann, ob Leistungen für die Allgemeinheit als ›Opfer‹ empfunden werden oder zur echten Selbstgestaltung gehören ...« (S. 46). Dabei wird der Begriff der Sicherheit in der heute gebräuchlichen Fassung der (Ab)Sicherung aufgenommen werden müssen.

Im letzten Abschnitt seiner Schrift faßt Paulsen noch einmal lapidar zusammen, worum es ihm in seinen detaillierten Erörterungen gegangen war, um die Unterstreichung eben der relevanten Polarisierung: soziale Gerechtigkeit (als gewissermaßen ambivalenter Deutung politisch-weltanschaulicher Entscheidung unterworfen) meine ebenso »Freiheit der Leistung« wie »Sicherheit der Versorgung«, und es seien der Liberalismus, der das eine, und der Sozialismus, der das andere anstrebe.

Wie am Anfang stellt der Jenenser Ökonom auch zuletzt diese weltanschaulich und politisch konturierte Polarisierung in die konkrete Situation »unserer deutschen Gegenwart« (S. 48). Sie lasse »wie kaum eine Zeit vorher diese Spannung in voller Kraft wirksam« (S. 48) werden. Ohne dem Liberalismus das »Gebot wissenschaftlicher Gerechtigkeit« (S. 49) vorzuenthalten, kommt Paulsen zum Schluß: »... das Seinsbild des Menschen, dessen Glück gefördert werden soll, ist nicht mehr das des Liberalismus. Es gestaltet sich um durch die Einfügung des Einzelnen in einen sozialen Raum, der nach der Norm der sozialen Gerechtigkeit gestaltet sein soll« (S. 50). Politische Reife setze allerdings voraus, daß es »angesichts der sich entgegenstehenden Wertnormen« möglich, ja gefordert ist, die notwendigen politischen Entscheidungen »vor dem eigenen Gewissen zu vollziehen« (S. 50).

Wir sehen also, wie ein bürgerlich geprägter Nationalökonom, zweifellos dem Liberalismus verpflichtet und von der katholischen Soziallehre beeinflusst, angesichts neuer historischer Konstellationen bereit

Es bestehe die Gefahr, daß die Aufspaltung Deutschlands »nicht etwa allein auf der Landkarte« erfolge. »Sie ist bereits in die Seelen eingedrungen und geht oft so weit, daß Deutsche aus verschiedenen Zonen, also Träger der gleichen Sprache und der gleichen Wesensart, nicht mehr den Weg zueinander finden«. Abendpost (Weimar), 13. April 1948.

ist, Ansätze zu einer Revision bisheriger Auffassungen und zu einer Neuorientierung zu formulieren und unter Umständen, d. h. unter der Voraussetzung einer echten Gewissensentscheidung, auch zu praktizieren.

Daher hatte Paulsen noch im April 1948 seine Unterschrift unter das (u. a. von dem Physiker Friedrich Hund, dem klassischen Philologen Zucker, dem Historiker Griewank, dem Philosophen Johannsen sowie den Theologen Gloege, Meyer und Frau Jursch unterstützte) Manifest der Universität Jena gesetzt, das sich gegen die Spaltung Deutschlands richtete und das den auf dem Volkskongreß gewählten Volksrat aufrief, »im Geiste Schillers« den Ideen der Friedensliebe und der deutschen Einheit zum Durchbruch zu verhelfen.

Doch 1948 ist das Jahr, in dem sich die gesamtgesellschaftlichen und weltanschaulichen Konstellationen – im Kontext analoger volksdemokratischer Entwicklung in Ost- und Südosteuropa – gründlich verändern. Paulsen sah angesichts dieser Zäsur offenbar keine Möglichkeit mehr, seine in der analysierten Schrift angedeutete Bereitschaft, in freier Gewissensentscheidung neue Wege, mindestens die eines »unverzerrten« Liberalismus in der Nähe eines sich demokratisch entwickelnden Sozialismus, zu beschreiten, in die Praxis umzusetzen. Er ging 1948 an die FU Berlin.

Polarität von Kollektivprinzip und Individualprinzip und die Wirklichkeit

Wie Andreas Paulsen hat Friedrich Lenz – um auf seine weniger systematisch als historisch angelegte und in einem luziden essayistischen Stil verfaßte Schrift zu kommen – Wirtschaftsplanung als zunächst gesellschaftlich wertneutral angenommen, »als Mittel und Methode einer jeden Wirtschaftsordnung, gebunden an den jeweiligen Charakter der Staatsgewalt und ihres Apparates« (S. 26). Und ebenso wie Paulsen hebt Lenz auf eine Polarität ab. Bei ihm stellt sie sich mit Blick auf Wirtschaftsplanung so dar: »Am planwirtschaftlichen Pol schließt der Begriff sich gleichsam zusammen zum ›Sozialismus‹ der Sowjetunion ›in einem Lande‹, er verhärtet sich zum totalen ›Staatsplan‹ oder Gosplan mit totaler entschädigungsloser Enteignung. Am anderen Pol löst der Begriff sich auf zur Planung an sich schlechthin, ohne Rücksicht auf deren Formen und Inhalte, so daß schließlich jeder einzelne Privathaushalt darunter fällt, der ›planmäßiger‹ Bedarfsdeckung nachgeht« (S. 26). Anders formuliert: »Am kommunistischen Pol herrscht das Kollektivprinzip, am liberalen Gegenpol das Individualprinzip« (S. 26).

Indem Lenz »Individualprinzip« und »Kollektivprinzip« als »begriffliche Grenzpunkte an sich« (S. 27) annimmt, muß er (wie auf andere Weise Paulsen) zu der Einsicht gelangen, daß »gegenwärtig« die Richtung auf das Kollektivprinzip »als eine vorwaltende Tendenz unseres Zeitalters« (S. 27) erscheine.

Lenz untersucht, inwiefern und wo in der kapitalistischen Gesellschaft das klassische liberale »Individualprinzip« mit sozialistischen Gedanken, die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit planwirtschaftlichen Elementen durchsetzt ist, und er erinnert an Konzeptionen von Lord Beveridge in Großbritannien und an den »New Deal« Franklin Delano Roosevelts (Tennessee Valley Authority, Boulder Dam –

An dieser Stelle macht Lenz eine interessante Bemerkung, die sich schlüssig auf die Situation der realsozialistischen DDR bis Anfang der siebziger Jahre (Liquidierung des Systems der »Staatsbeteiligung« an Privatbetrieben) beziehen läßt – dies übrigens im Unterschied zu den anderen Staaten des »sozialistischen Lagers«: »Ein Auslöschen

S. 53): »Nun heben diese sozialen Gedanken ... den Gegensatz der beiden Prinzipien nicht auf; aber sie ergänzen die Rahmenstruktur der formalen Gleichheits- und Freiheitsrechte durch den Einbau gesellschaftlicher Sicherungen[,] und sie bilden hiermit einen – wenn nicht historischen, so doch systematischen – Übergang wie Gegensatz zur totalen Planung des individuellen Daseins im Kollektivstaat« (S. 30).

Daß für Lenz dieses Element der »gesellschaftlichen Sicherung« (bei Paulsen hieß es »Sicherheit«) eine so zentrale Rolle spielt, führt er selber darauf zurück, daß »wir aus bitterer Erfahrung wissen, daß der rechtfertigende Optimismus und der Glaube an eine harmonische Selbststeuerung der Wirtschaft heute im Schwinden begriffen sind« (S. 31). Die Erfahrungen »von 1914, 1929, 1939 und 1945« (S. 31) könnten nicht ignoriert werden. Der bürgerliche Ökonom zieht daraus die Schlußfolgerung: »Die russische Oktoberrevolution von 1917 einerseits, die Nachkriegskrisen und der zweite Weltkrieg andererseits haben die Erkenntnis unsrem Bewußtsein aufgedrängt, daß der Übergang zu neuen gesellschaftlichen Daseinsweisen, zu neuen Leitgedanken der Wirtschaftspolitik ebenso wie in der großen Revolution von 1789 nur durch einen Funktionswandel und gegebenenfalls durch einen Strukturwandel der Eigentumsordnungen möglich sei und daß ein jeder solcher Übergang einen Umbau des Staatsapparats bedinge. Privatinitiative und Privateigentum am einen, Staatsplan und Gemeineigentum am anderen Pol fördern sich jedesmal wechselseitig – wobei wir dahingestellt lassen, ob die Übergänge zwischen ihnen vom Individualismus zum Kollektivismus sich in revolutionären Formen oder im Wege der Reform vollziehen. Die mitspielenden Momente erlauben hier keine generalisierenden Aussagen von den Polen her; vielmehr muß jedes Phänomen nach seinen besonderen Momenten analysiert werden« (S. 31).

Die Fixierung von Polen – Privatinitiative und Privateigentum (Individualprinzip in seinen Ausformungen), Staatsplan und Gemeineigentum (Kollektivprinzip in seinen Gestaltungen) – und die Registrierung von jeweiligen Übergängen zwischen diesen Polen sind das eigentlich entscheidende Charakteristikum der (wie schon gesagt) stark essayistisch geprägten, ganze Kompanien von Gesellschaftswissenschaftlern, Philosophen und Politikern bemühenden Studie von Lenz (deren Zitierung als Ausweis stupender Gelehrsamkeit anzusehen ist). Es sind genau diese Polarisierungen und die changierenden Übergänge zwischen ihnen, die Lenz im Fortgang seiner Analysen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen festmacht: politisch, verfassungsrechtlich, ideologisch, vor allem aber wirtschaftspolitisch, letzteres zumal hinsichtlich der Wirtschaftsplanung und Planwirtschaft.

Dabei kommt es Lenz darauf an, die theoretischen Verortungen der Pole – also die ideologischen Gegensätze – nicht als das letzte Wort anzunehmen. Er setzt auf die Realitäten, auf die Wirklichkeit, und zwar mit der Maßgabe, daß es »die Wirklichkeit« ist, die stets zwischen den »theoretischen Grenzbegriffen liegt« (S. 35). Lenz stellt sich als wissenschaftlicher Analytiker und als Essayist den Ausweis eines Realisten aus (man erinnert sich, daß in der DDR-Agitation nonkonformistischen westlichen Intellektuellen und Politikern gerne das Etikett des Realisten zugestanden wurde) – eines Realisten, dem es

des Individualprinzips ist wohl für die private Herrschaft über Produktivgüter möglich und auf einer bestimmten Geschichtsstufe erstrebenswert; aber eine grundsätzliche Nationalisierung oder Sozialisierung brauchte darum weder Familienbetriebe, Kleinbetriebe und sogenannte Einmannbetriebe zu erfassen ... Hier kann und sollte das Individualprinzip geltend bleiben, weil es mit der Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit ... untrennbar verbunden, ja hiermit identisch ist ...« Lenz, S. 27.

»Es wäre unseres Erachtens sinnlos, die praktische Spannweite, die beide Ordnungen trennt, aber auch verbindet, in einen ideologischen Prinzipienkampf zu verwandeln. Denn eine solche Polarisierung ... stellt beide zugleich einander unvermittelt gegenüber und

fördert die Tendenz, einen solchen unvermittelt doktrinären Gegensatz in materielle Auseinandersetzungen zwischen den Hauptmächten umschlagen zu lassen.« Lenz, S. 35.

darum geht, paradoxerweise gerade dort Vermittlungen zu signalisieren, wo unüberbrückbare Gegensätze tatsächlich zum Konflikt zu führen scheinen und tatsächlich bei der Veröffentlichung der Schrift im sich entwickelnden Kalten Krieg in Erscheinung treten:

»Wir leben im Jahrhundert des Überimperialismus und des militanten Kapitalismus einerseits, einer Weltrevolution mit umwälzenden Missionsgedanken andererseits; aber die technisch-ökonomisch-zivilisatorische Angleichung unseres materiellen Daseins und seiner Planung ermöglicht wiederum eine menschlich fundierte Gemeinschaft zur Bewältigung der unserer Nachkriegszeit gemeinsamen Probleme. Durch die Widersprüche arbeitet das Geschehen neue Gemeinsamkeiten heraus« (S. 36).

Mehr als eine historische Erinnerung

Dieser Aspekt, der später in der »Konvergenztheorie« auf analoge Weise zum Tragen kommt, wird von Lenz in einem eigenen Kapitel, dem eigentlich wirtschaftswissenschaftlichen, genauer untersucht. Es würde an dieser Stelle allerdings zu weit führen, detailliert hierauf einzugehen. Interessant ist in diesem Zusammenhang indes, daß Lenz in einem dokumentarischen Anhang – damit schon vor 1933 wirksam gewesene Aktivitäten und Sympathien reaktivierend – einen zeitgenössischen Bericht (von 1932) über die Gründung der »Arbeitsgemeinschaft zum Studium der sowjetrussischen Planwirtschaft« (1931) abdrucken läßt. Es war dies offenbar eine Thematik, die Lenz am Herzen lag, hatte er doch schon im Heft 12/1946 der Kulturbundzeitschrift »Aufbau« in einem Aufsatz über Arvid Harnack die organisatorischen, wissenschaftlichen und politischen Voraussetzungen für dieses singuläre Unternehmen analysiert und die Persönlichkeiten genannt, die sich ihm zur Verfügung stellten.

Nach diesen Ausführungen in Klaus Gysis Zeitschrift wurden zuerst 1929 an der Universität Giessen nach der Promotion Arvid Harnacks bei Lenz »im Kreise der Seminar- und der Doktorandengemeinschaft die Krise des Kapitalismus sowie – als Gegenbild – der Versuch der sowjetrussischen Planwirtschaft mit besonderer Eindringlichkeit behandelt«. In Deutschland sei das kleine Giessen »fast der einzige Ort« gewesen, an dem ein solcher Strukturvergleich damals »unbefangen« angestellt werden konnte. »Die kleine ›Giessener Schule‹ suchte, die Lage zwischen West und Ost sowohl geschichtlich wie systematisch zu verstehen.«

Diese wissenschaftlichen Aktivitäten wurden 1931 in Berlin systematisch fortgesetzt, eben mit der Bildung der genannten Arbeitsgemeinschaft. Sie stand unter dem Vorsitz von Friedrich Lenz. Zu Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern gehörten u. a. Otto Hoetzsch, der bekannte Osteuropahistoriker und frühere Reichstagsabgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei, der Soziologe Emil Lederer, Alfred Meusel (damals an der Technischen Hochschule Aachen), Henryk Großmann vom Institut für Sozialforschung Frankfurt/Main und Adolf Grabowsky, Herausgeber der »Zeitschrift für Politik« und Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, sowie der als sozialistischer Theoretiker, aber auch als Schriftsteller bekannte Karl August Wittfogel. Lederer, der mit Max Webers und Werner Sombarts »Archiv für Sozialwissenschaft« verbunden gewesen war und sich vor

allein mit der Lage der Angestellten und mit Problemen Japans befaßt hatte, stammte übrigens aus Pilsen, Großmann aus Krakau, wo er Mitbegründer der Jüdischen Sozialdemokratischen Partei (dem »Bund« vergleichbar) gewesen und von 1919 bis 1925 in leitenden administrativen Funktionen (Statistisches Amt) und als Ökonomeprofessor tätig gewesen war, ehe er 1925 nach Frankfurt ging. 1930 war er Ehrenmitglied des Moskauer Internationalen Agrarinstituts geworden.

Die Arbeitsgemeinschaft bot aber vor allem jüngeren Wissenschaftlern eine Plattform für schöpferische Arbeit, neben Arvid Harnack und Georg Mayer, die schon in Giessen dazugehörten, Paul Massing, 1930 in Berlin promoviert mit einer Arbeit über die Agrarverhältnisse Frankreichs im 19. Jahrhundert und die sozialistische Bewegung, und Klaus Mehnert, damals Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas. Harnack leitete, assistiert von Massing und Mehnert, das Sekretariat. Im Ausland wurde die Arbeitsgemeinschaft von Professor Stephan Bauer in Basel und Professor Polak in Rotterdam unterstützt. Zu Referaten wurden in die Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft Mitarbeiter der Handelsvertretung der UdSSR eingeladen.

Nach 1933 emigrierten Grabowsky, Großmann, Massing, Meusel und Wittfogel in die Schweiz, Großbritannien oder USA, Mehnert ging zunächst als Korrespondent deutscher Zeitungen nach Moskau und war dann Professor in den USA und in China, Harnack finden wir (von Peter Weiss eindrücklich geschildert) im Widerstand. Georg Mayer, 1933 entlassen, arbeitete als Angestellter, nach 1945 war er zunächst in der hessischen Verwaltung tätig.

Von den Emigranten kamen Meusel und Großmann in die SBZ, Meusel nach Berlin, wo er vielleicht gerade noch Otto Hoetzsch hätte begegnen können, der sich dem Neuaufbau zur Verfügung gestellt hatte, aber bald starb, und Großmann nach Leipzig, wohin ebenfalls Georg Mayer (der spätere langjährige Rektor) kam; auch Großmann starb früh, am 24. November 1950.

Es zeigt sich also, daß das Erbe dieser Arbeitsgemeinschaft ein eindeutig antifaschistisches war, und von hier aus ist es nicht verwunderlich, wenn Lenz in seiner Nachkriegsschrift seine, mit konturierten gesellschaftlichen Vorstellungen gespeiste antifaschistische Haltung mit deutlichen Zügen einer geistig-politischen Neuorientierung präzisieren und zu den von mir angedeuteten Erkenntnissen gelangen konnte.

Allerdings muß sich auch Lenz 1948 enttäuscht gefühlt haben. Er gab 1948 seine Berliner Professur und die Institutsleitung auf, ging aber nicht an die FU, sondern an die neu gegründete Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven, wohin 1949 auch Wolfgang Abendroth von Jena (nach Tätigkeit in Potsdam, Berlin, Halle und Leipzig) wechselte.

Es gibt das Wort von den »lost moments of history«. Wir finden sie vorstehend sachlich-wissenschaftlich wie biographisch, vor allem aber politisch (zu Lasten der fortschrittlichen Kräfte).